



Niederschrift

über die 34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Dienstag, dem 19.09.2023, 17:30 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr.
Marold Wosnitza

Ausschussmitglieder

Anne Bauer
Herbert Beckmann
Harald Heinz-Peter Benoit
Pascal Dahler
Kurt Dettweiler
Rolf Franzen
Klaus Fuhrmann
Thorsten Gries
Gerhard Maurer
Elisabeth Metzger
Dagmar Pohlmann
Dr. Norbert Pohlmann
Gertrud Schiller
Klaus Peter Schmidt
Dr. Ulrich Schüler

Vertretung für Herrn Achim Ruf

Vertretung für Herrn Thomas Eckerlein

Protokollführung

Jürgen Uhland

von der Verwaltung

Harald Ehrmann (Stadtbauamt)
Peter Ernst (Stadtbauamt)
Frank Filbrich (Rechnungsprüfungsamt)
Eva Hartfelder (UBZ/L)
Jens John (Pressesprecher)
Barbara Kirsch-Hanisch (Stadtbauamt)
Barbara Kleiner (Stadtbauamt)
Steffen Mannschatz (UBZ)

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Christian Michels (Stadtbauamt/L)

Gäste

Marco Dobrani (zu TOP II/1, Heinrich-Kimmle-Stiftung)

Philipp Herzog (zu TOP I/1, Büro Kaulen)

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Thomas Eckerlein

Achim Ruf

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Tagesordnung

- 1 Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" (ZIZ); Projekt
Impulsraum Innenstadt Süd-Ost;
Neukonzeption des ZOB als Mobility HUB - Projekteinstieg durch das Büro Kaulen
Vorlage: 60/2869/2023
- 2 Radwegeanbindung Mörsbach - Information, Grundsatzbeschluss und Bewerbung
um Förderung
Vorlage: 60/2865/2023
- 3 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Bebauungsplan ZW 168 "Quartier Altes Brauereigelände"
-erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gem. §
4a Abs. 3 Satz 1 BauGB
Vorlage: 60/2866/2023

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:30 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor der Sitzung im Ratssaal fand ein Außentermin im Plangebiet statt, wobei auf die hohen Ansprüche an die Entwässerungsplanung und die Einhaltung der Flora Fauna Habitat-Richtlinie bezüglich der im Bereich des Plangebietes vorhandenen Streuobstwiesen hingewiesen wurde. Im Rahmen der letzten Umplanung sind Bauplätze entfallen, die aber in einem Streifen westlich zur bisherigen Baugrenze kompensiert werden konnten, so dass tatsächlich nur 3 Bauflächen nicht realisiert werden können.

Im Hinblick auf die im Plangebiet vorhandene Bunkeranlage sind Vorgaben der Generaldirektion Kulturelles Erbe RLP (GDKE) zu beachten.

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erkundigt sich Herr Franzen bezüglich des Sachstandes zum Erweiterungsbau der Albert-Schweitzer-Schule. In der letzten Sitzung des Stadtrates vor der Sommerpause wurde zugesagt, dass in der heutigen Sitzung darüber eine Info erfolgen solle. Ausschussmitglied Gries gibt zu verstehen, dass darüber evtl. im nichtöffentlichen Teil eine Info möglich wäre.

Der Vorsitzende hält fest, dies im nichtöffentlichen Teil zu berücksichtigen.

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Punkt 1: **Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren"**
(öffentlich) **(ZIZ); Projekt Impulsraum Innenstadt Süd-Ost;**
 Neukonzeption des ZOB als Mobility HUB - Projekteinstieg durch
 das Büro Kaulen
 Vorlage: 60/2869/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Er bittet Herrn Herzog vom Büro Kaulen anhand der Präsentation das Projekt vorzustellen.

Herr Herzog stellt kurz das Büro Kaulen vor. Er erläutert anhand der Präsentation die geplanten Maßnahmen bezüglich des oben genannten Projektes und stellt die wesentlichen Punkte hierbei heraus. Das Büro Kaulen sei zum Teilprojekt „Neukonzeption des ZOB als Mobility HUB im Bundesprogramm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ tätig. Es wurden bereits vorhandene Unterlagen vom Innenstadtentwicklungskonzept bis hin zum Mobilitätskonzept und auch der schon etwas ältere Nahverkehrsplan eingesehen und geschaut auf was man aufbauen könne.

Es soll in den nächsten Wochen ein Konzept für eine nachhaltige multimodale Mobilität erstellt werden mit Hauptaugenmerk auf den ZOB.

Herr Herzog gibt zu verstehen, dass das Büro Kaulen dies alles nicht alleine erarbeiten werde, sondern einem noch zu gründenden Arbeitskreis, in dem auch Vertreter verschiedener städtische Akteure eingebunden seien, angehen wolle, um sicherzustellen, dass auch alle Ergebnisse in Abstimmung erfolgen. Er teilt weiter mit, dass auch ein Bürgerworkshop sowie eine Internetplattform geplant seien, um die Öffentlichkeit von Anfang an mit einzubinden. Auch die Gremien sollen stets über den Sachstand informiert werden.

Der Vorsitzende fragt, wo die Beteiligung des Rates und der Ratsmitglieder in dem oben genannten Zeitplan eingetaktet sei.

Herr Herzog erklärt, dass dies nach der Bürgerbeteiligung am sinnvollsten sei.

Ausschussmitglied Schüler fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, erst den Rat zu informieren bevor man die Bürger beteilige.

Herr Herzog gibt zu verstehen, dass nichts öffentlich vorgestellt werde, was nicht hier abgestimmt oder besprochen wurde.

Ausschussmitglied Pohlmann Norbert bedankt sich bei Herrn Herzog für die informative Präsentation, gibt aber zu verstehen, dass die Umsetzung eines solchen Mobility HUB doch sehr komplex sei und stellt in den Raum, ob das Projekt in dem vorgegebenen Förderzeitraum überhaupt umsetzbar sei.

Herr Herzog teilt mit, dass man ja nicht blauäugig an das Projekt heranginge und etwas plane was gar nicht umsetzbar sei, sondern umfeldgerechte Varianten bestmöglich verknüpfen und einbinden möchte.

Ausschussmitglied Gries bedankt sich ebenfalls bei Herrn Herzog für den Vortrag, jedoch sollte man die Größe der Stadt Zweibrücken nicht aus den Augen verlieren, indem man sie mit den Städten, die in der Präsentation als Beispiele aufgeführt wurden, vergleiche.

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Herr Herzog gibt zu verstehen, dass das Büro Kaulen nicht mit dem Augenmerk herangehe und sage, Zweibrücken sei mit Düsseldorf, Berlin etc. von der Größe her vergleichbar. Das Thema Mobilstationen, Verknüpfungen sei nicht nur Thema für Großstädte, sondern auch für Kleinstädte und deren ländlichen Raum. Dieses Thema wird zusehends relevanter, was viele Forschungsprojekte mittlerweile darlegen. Deshalb gehe man mit einer angemessenen Sichtweise an die jeweiligen Projekte heran. Zweibrücken sei aber durch die angesiedelten Institutionen, wie z.B. die Fachhochschule, das Outlet etc. nicht vergleichbar mit jeder beliebigen Kleinstadt. Hier seien schon gewisse Potentiale über dem normalen Maß vorhanden.

Ausschussmitglied Dahler fragt, wie eine repräsentative Beteiligung sichergestellt werden könne und man nicht Gefahr laufe nur Rückmeldungen von diversen Interessensgruppen zu bekommen.

Herr Herzog ist sich bewusst, dass zu solchen Workshops/Bürgerbeteiligungen auch ein gewisses Klientel kommt und andere unterrepräsentiert seien. Hier habe sich in letzter Zeit die Onlinebeteiligung bewährt, da dies einen minimalen Aufwand darstelle und jeder der möchte kann dies von zu Hause tätigen.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass man schon bei der Einladung zum Workshop die unterschiedlichsten Interessengruppen einladen solle, um ein größeres Spektrum zu bekommen.

Ausschussmitglied Benoit bedankt sich für den Vortrag und gibt zu verstehen, dass dieser Vortrag deutlich gemacht habe, wie umfangreich dieses Programm sein wird. Hierbei stellt sich ihm die Frage der Förderung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es für diese Maßnahme eine 90 %ige Förderung gäbe und 10 % im Haushalt veranschlagt seien.

Herr Benoit fragt nach, ob die 10 %, die im Haushalt berücksichtigt seien, auch von der ADD bei der Haushaltsgenehmigung durchgewunken werden.

Der Vorsitzende gibt zu verstehen, dass die Finanzierung für diese Maßnahme geklärt sei.

Ausschussmitglied Dettweiler weist darauf hin, dass das Büro Kaulen beauftragt wurde um Bürgerbeteiligungen etc. durchzuführen. Letztlich sind die Projekte aber final im Rat zu entscheiden.

Verteiler:

1 x Amt 60/61

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Punkt 2: **Radwegeanbindung Mörsbach - Information, Grundsatzbeschluss**
(öffentlich) **und Bewerbung um Förderung**
 Vorlage: 60/2865/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und teilt mit, dass dieses Thema schon mal vor einiger Zeit im Ausschuss behandelt wurde. Es stellt sich die Frage, ob hinsichtlich der Fristverlängerung des Förderzeitraums auf das Jahr 2028 ein Fördererantrag gestellt werden soll, der es der Verwaltung ermöglicht bei Genehmigung entgegen der ursprünglich geplanten Kosten jetzt diesen Radweg zu bauen. Er gibt zu verstehen, dass der Bau des Radwegs in einer Größenordnung von ca. 2 Millionen € anzusiedeln sei, was wiederum bedeutet, dass die Stadt einen Eigenanteil von ca. 200.000,00 € einplanen müsse plus Planungskosten etc.

Ausschussmitglied Gries teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion schon vor längerem für einen solchen Radweg ausgesprochen habe und es auch begrüßen würde, wenn dieser Förderantrag gestellt würde.

Es stellt sich nun die Frage, ob die Landwirtschaftswege solche bleiben oder in reine Radwege umgewidmet werden sollen. Dies sollte - wenn möglich - hinsichtlich der sich daraus ergebenden rechtlichen Situation schon im Vorfeld besprochen und geklärt werden. Die SPD-Fraktion würde sich dann mehrheitlich dafür aussprechen, dass die landwirtschaftlichen Wege für die Landwirtschaft im Vorrang bleiben würden.

Der Vorsitzende gibt zu verstehen, dass dies Teil der Planungsleistung sei und dementsprechend hier auch Berücksichtigung finden müsse. Dies sollte auch im Vorfeld mit den betroffenen Landwirten kommuniziert werden. Diese Vorarbeiten würden jedoch nur Sinn machen, wenn der Antrag hier im Gremium befürwortet würde.

Herr Ehrmann erklärt hinsichtlich der eventuell zu erwartenden Konflikte, dass das DLR (Dienstleistungszentrum ländlicher Raum) und das Land Rheinland-Pfalz zu diesem Thema eine Handreichung herausgegeben haben, die auch Bestandteil einer entsprechenden Planung sein werde.

Ausschussmitglied Benoit gibt zu verstehen, dass ihm bezüglich der geplanten Maßnahme eine Wirtschaftlichkeitsberechnung fehle. Er ist der Meinung, man sollte vielleicht besser andere Radwegprojekte ins Auge fassen, die wirtschaftlich besser zu vertreten seien.

Ausschussmitglied Pohlmann Norbert ist hier anderer Meinung als Herr Benoit. Er geht davon aus, dass es ja nicht nur Nachteile habe, wenn man Wirtschaftswege mitbenutze. Konflikte diesbezüglich seien ihm in unserer Region nicht bekannt. Den Landwirten sei durchaus geholfen, wenn Wirtschaftswege ausgebaut und instandgehalten werden. Er halte die Planung dieser Radweganbindung im Sinne der Mobilität grundsätzlich für sinnvoll.

Ausschussmitglied Franzen bemerkt in diesem Zusammenhang, dass bereits Mittelbach, Rimschweiler und Oberauerbach jeweils mit einem Radweg angebunden seien. Er ist der Auffassung, dass es schon sinnvoll wäre auch Mörsbach mit einem Radweg anzubinden. Er weist darauf hin, dass es in dem Plan zwei Strecken gibt die unbefestigt sind aber ein Weg vorhanden sei. Müssten die dann zusätzlich stärker ausgebaut werden, sprich asphaltiert werden. Man könne doch mit einem Fahrrad auch auf unbefestigten Wegen fahren.

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Der Vorsitzende gibt zu verstehen, dass das Förderprogramm gewisse Voraussetzungen zugrunde legt. Deshalb müssten Alternativen geprüft werden, was förderfähig und was nicht förderfähig sei, um schlussendlich ein Ergebnis zu bekommen. Er macht nochmals deutlich, dass - wenn die Entscheidung fällt diesen Antrag zu stellen - dann bereits im Vorfeld Planungskosten anfallen.

Ausschussmitglied Franzen fragt bezüglich der geplanten Streckungsführung, ob diese so umgesetzt werden könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch verschiedene Varianten diesbezüglich geprüft würden.

Ausschussmitglied Dettweiler erwidert auf die Aussage von Herrn Franzen, dass der Radweg Mittelbach vollständig angebunden sei, dass dies so nicht stimme und ein gewisser Lückenschluss noch zu tätigen sei. Er werde aber die Radwegeanbindung nach Mörsbach unterstützen.

Der Vorsitzende fragt, ob es noch weitere Wortmeldungen gäbe.
Dies ist nicht der Fall.

Der Bau- und Umweltausschuss fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschlussvorschlag:

- 1 Das Gremium befürwortet die Bewerbung um Fördermittel aus oben genanntem Bundesprogramm oder evtl. anderen Förderprogrammen auf Grundlage der beiliegenden Anlage.
- 2 Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Basis die Vergabe der Planungsleistungen, die für die Antragstellung erforderlich sind, vorzubereiten.
- 3 Die Planung erfolgt vor dem Hintergrund der haushälterischen Vorgaben der ADD und der Mittelverfügbarkeit.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 15 Mitglieder teil.

Verteiler:

1 x Amt 60/61

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Punkt 3: **Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;**
(öffentlich) **Bebauungsplan ZW 168 "Quartier Altes Brauereigelände"**
 -erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher
 Belange gem. § 4a Abs. 3 Satz 1 BauGB
 Vorlage: 60/2866/2023

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage. Er erklärt, dass es nochmals Bedarf einer Klarstellung und Übertragung aus dem Gutachten gäbe, da Daten nicht so übertragen worden sind wie das korrekt gewesen wäre. Der uns begleitende Jurist hat vorgeschlagen diese zwei Punkte richtig zu stellen, so dass es dann im Normenkontrollverfahren entsprechend nachvollziehbar sei. Er teilt weiter mit, dass die oben genannte Änderung nichts am Bebauungsplan ändern und auch die Grundzüge der Planung würden ebenso wenig berührt. Es handele sich lediglich um Ergänzungen mit klarstellendem Charakter.

Ausschussmitglied Franzen ist der Meinung, dass Klarstellung Euphemismus in diesem Falle sei; ein beschönigender Begriff, dass etwas falsch gemacht worden sei.

Der Vorsitzende gibt zu verstehen, dass dies bezüglich des Gutachtens so gesehen werden kann, bei der Zufahrt aber eine Klarstellung erfolgt sei.

Ausschussmitglied Maurer fragt, wenn diese Punkte eingearbeitet wären, gäbe es keine Änderung im Normenkontrollverfahren und dies würde dadurch auch nicht hinausgezögert?

Herr Ehrmann teilt mit, dass der Verhandlungstermin für November feststehe und nur das was vorliege zu beurteilen sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass dies mit unserem Rechtsberater und Herrn Schenk so kommuniziert wurde.

Ausschussmitglied Schüler fragt, ob die jetzt ausgearbeitete Fassung nochmals zur Beschlussfassung in den Stadtrat müsse.

Der Vorsitzende teilt mit, dass dies so sei.

Der Bau- und Umweltausschuss macht dem Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschlussvorschlag:

- 1 Der aktuelle Entwurf Stand August 2023 des Bebauungsplanes ZW 168 „Quartier altes Brauereigelände“, bestehend aus zeichnerischen und textlichen Festsetzungen sowie die Begründung und den Umweltbericht als auch die planbegleitenden Gutachten wird zugestimmt.
- 2 Die Verwaltung wird beauftragt die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 1 BauGB im verkürzten Verfahren gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 2 und Satz 3 BauGB zu den geänderten Inhalten des Bebauungsplanentwurfs durchzuführen.

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 15 Mitglieder teil.

Verteiler:

1 x Amt 60/61

34. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 19.09.2023

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 18:46 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Oberbürgermeister Dr. Marold
Wosnitza

Jürgen Uhland